Kritik am Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zur aktuellen Russland-Politik

Joachim Schaller | 11. Juli 2016

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Vorabend des NATO-Gipfels in Warschau am 5. 7. 2016 ein russland-politisches Positionspapier unter dem Titel

„Stärke zeigen allein genügt nicht – Für eine glaubwürdige und kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Europa"

veröffentlicht.

1. Bei der Analyse der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland wird zunächst zutreffend festgestellt, dass *„die russische Regierung fundamentale Prinzipien der europäischen Friedensordnung, wie sie in der KSZE-Schlussakte und der Charta von Paris sowie im sogenannten Budapester Memorandum von 1994 niedergelegt sind, bewusst verletzt."*
Verschwiegen wird, dass die russische Regierung das Wiener Dokument von 2011 unterläuft, indem sie selbst Großmanöver nicht mehr ankündigt und damit den OSZE-Staaten die Möglichkeit der Manöverbeobachtung und -inspektion vorenthält. Außerdem besteht der Unterschied zwischen Russland und der NATO darin, dass bei den russischen Großmanövern Offensivszenarien Angriffe auf Nachbarländer durchgespielt werden (zuletzt u.a. atomare Vernichtung Warschaus), während sich die NATO-Manöver ausschließlich mit Verteidigungsszenarien befassen.
http://www.stern.de/politik/ausland/wladimir-putin-schickt-250-kampfjets-und-12-000-soldaten-ins-manoever-6195584.html

2. Bezüglich des Krieges in der Ostukraine spricht das Papier von *„Russlands anhaltender militärischer Unterstützung der Separatisten in der Ukraine"*. Dies ist eine bagatellisierende und euphemistische Umschreibung dafür, dass einerseits die *„Separatisten"* russische Staatsbürger sind, die niemals in der Ukraine gelebt haben und andererseits reguläre russische Kampftruppen an der Frontlinie und im Hinterland zum Einsatz kommen.

3. Es ist Position der SPD-Bundestagsfraktion, an der NATO-Russland-Grundakte festzuhalten. Wer das entsprechende Dokument zur Hand nimmt und durchliest, wird feststellen, dass es wie aus einer anderen, fernen Zeit stammt und praktisch in allen Punkten Makulatur ist.
http://www.nato.diplo.de/contentblob/1940894/Daten/189459/1997_05_Paris_DownlDat.pdf
Einzig die Einrichtung des NATO-Russland-Rates ist noch aktuell, wenngleich es sich bei der ebenfalls in der Akte vorgesehene russische Vertretung bei der NATO von Anfang an um eine GRU-Residentur gehandelt haben dürfte. Ansonsten erscheint eine Neuverhandlung dieser Akte absolut überfällig, da fast alle politischen Ziele inzwischen unerreichbar scheinen und auch der KSE-Vertrag im letzten Jahr von Russland gekündigt wurde.

4. Auffallend ist die in dem Positionspapier die konsequente Vermeidung des Wortes „Krieg" in Zusammenhang mit der Ostukraine. Im Positionspapier wird ausweichend von *„Konfliktlage"* gesprochen, nicht von einem Waffengang, bei dem der russische Aggressor erneut jeden Tag kalkulierte Angriffe vorträgt und unschuldige Menschen tötet. Die verbrecherische Annexion der Krim, eine flagrante Verletzung des Völkerrechts, wird in dem Papier mit keinem Wort erwähnt.

5. Das Positionspapier geht davon aus, dass mit Hilfe des *„Instrument des Dialogs"* und durch *„Kooperationsangebote"* die Ingangsetzung einer *„gefährlichen Eskalationsspirale"* vermieden werden kann. In Zeiten, in denen die Nato-Partner an der Ostflanke der NATO von Norwegen bis Polen unter

permanenten russischen Provokationen wie tieffliegenden Jets mit ausgeschalteten Transpondern und unmittelbar an der Grenze stattfindenden Großmanövern eingeschüchtert werden, schlägt die SPD eine Diskussion *„mit unseren Partnern über den Nutzen von Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“* vor. Ausgeblendet wird gleichzeitig, dass es Russland war, das den KSE-Vertrag gekündigt, massiv aufgerüstet und durch Großmanöver Säbelrasseln betrieben hat.

6. In dem Kapitel *„Den Blick nach vorne richten“* wird u.a. Putins Lieblingsthema des *„gemeinsamen Wirtschaftsraumes vom Atlantik bis zum Pazifik“* aufgewärmt, unter gleichzeitiger Weglassung der bekannten Tatsache, dass Putin damit einen Keil zwischen die EU und Nordamerika treiben will, mit denen die EU sich gerade in Verhandlungen über Freihandelsabkommen befindet.
Auch wird übersehen, dass die sogenannte Eurasische Union, eine Neuauflage des RGW zur Schaffung von Wirtschaftskolonien (Belarus, Armenien, Kasachstan) bei aller Wertschätzung für diese Länder nicht ganz oben auf der Prioritätenliste des größten Wirtschaftsraumes der Erde steht.

7. Weiterhin wird von der *„Bekämpfung des international operierenden Terrorismus“* gesprochen, wobei für Russland beispielsweise in Syrien auch die Kräfte der Assad-Opposition als Terroristen gelten, genauso wie für Erdoğan alle Kurden und alle Armenier und überhaupt seine politischen Gegner im Bedarfsfalle zu Terroristen mutieren.
Der besondere Hinweis auf Syrien und eine Zusammenarbeit mit Putin in diesem Land ist insbesondere deshalb makaber und zynisch, da die russische Luftwaffe im Zusammenhang mit ebenfalls inzwischen operierenden russischen Bodentruppen gezielt die syrische Zivilbevölkerung bombardiert (Aleppo wird schon das zweite Groznyj genannt) und damit fast nach Belieben neue Flüchtlingsströme generiert.

8. Im Positionspapier wird die Rückkehr Russlands in das G8-Format gefordert. Hier erhebt sich die Frage, was Russland überhaupt dazu qualifiziert, Mitglied im Club der sieben führenden demokratischen Industrienationen des Westens zu sein.
Zunächst ist Russland nicht Teil des Westens,
zweitens ist es mit seiner Rohstoffwirtschaft keine nennenswerte Industrienation und
drittens ist es keine Demokratie.

9. Wie schon im Juni 2016 von mehreren SPD-Spitzenpolitikern gefordert, sollen die EU-Sanktionen schrittweise erleichtert werden, sobald *„substanzielle Fortschritte“* bei der Umsetzung von Minsk (II) erfolgen. Minsk II ist aber in der verabschiedeten Form undurchführbar, weil die Reihenfolge der Umsetzungsschritte unrealistisch ist und eine theoretische Durchführbarkeit erst bestehen würde, wenn alle russischen Truppen die besetzte Ostukraine verlassen haben und die Ukraine wieder volle Kontrolle über ihre Staatsgrenze erlangt hat. Nun würden aber die russischen Marionettenregime in Donezk und Luhansk innerhalb von 24 Stunden zusammenbrechen, wenn alle Invasoren die besetzten Gebiete verlassen würden.
Ein weiterer Webfehler des Minsker Abkommens ist, dass die russischen Invasoren überhaupt nicht als Konfliktpartei im Abkommen benannt werden, obwohl inzwischen zweifelsfrei bewiesen ist, dass beide sogenannten Volksrepubliken und die auf ihrem Territorium operierenden Truppen von Moskau aus gesteuert bzw. befehligt werden.
Ausgehend von den heutigen Realitäten, dem Krieg in einem von russischen Truppen und Warlords beherrschten Territorium mit Foltergefängnissen und absoluter Gesetzlosigkeit, erscheint die Umsetzung von Minsk II illusorisch.

10. In dem Papier heißt es: *„Wir müssen alles daran setzen, dass diese verhängnisvolle (Aufrüstungs-, Anm. des Verfassers) Spirale nicht in Gang kommt.“*
Hierbei werden Ursache und Wirkung verwechselt. Die Reaktion des Westens und der NATO ist eine direkte Folge der postsowjetischen Restitutionsstrategie der russischen Führung. Westeuropa befindet

sich am Ende eines beispiellosen Abrüstungsprozesses, der bis an die Grenze der Verteidigungsfähigkeit führte. Die 2014 in Wales und 2016 in Warschau beschlossenen Verstärkungen sind im Vergleich zu der seit 15 Jahren betriebenen Aufrüstung Russlands (Verdreifachung des Militärhaushaltes!) ein bescheidener Schritt in Richtung Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit. Außerdem muss die nordatlantische Allianz sich auf die immense Herausforderung durch die sog. nicht-lineare Kriegsführung einstellen, die seit 2013 Moskaus präferiertes Mittel zur Einflussnahme auf Westeuropa und den postsowjetischen Raum darstellt.

11. *„Auch heute brauchen wir Ideen, Konzepte und Anregungen, um die Sprachlosigkeit zwischen dem Westen und Russland zu überwinden."*
Die suggerierte Sprachlosigkeit existiert nicht. Auf allen politischen Ebenen vom Weltsicherheitsrat über das Normandie-Format und den NATO-Russland-Rat sowie im Rahmen der OSZE wird mit dem Moskauer Regime kommuniziert, und an Ideen mangelt es ebenfalls nicht. Die Wiederherstellung der territorialen Integrität Georgiens, der Ukraine und Moldawiens sowie der Abzug aller russischen Besatzungstruppen aus den annektierten Gebieten Transnistrien, Ostukraine, Krim, Abchasien und Süd-Ossetien sind und bleiben das Konzept, auf dessen Basis eine Normalisierung der Beziehungen mit Russland erfolgen kann.

12. *„Die OSZE ist die einzige Institution, die einen ganzheitlichen sicherheitspolitischen Ansatz zur Krisenbeilegung verfolgt und in der sich sowohl der Westen als auch Russland engagieren."*
In der Realität wird die Arbeit der OSZE von Russland in allen Kriegsgebieten und annektierten Territorien systematisch behindert, zum Teil wird auf die Beobachtermissionen sogar geschossen. Die Verpflichtungen der Schlussakte von Helsinki und deren Fortschreibung von 2011 werden systematisch unterlaufen oder einfach nicht beachtet, sowohl außen- und sicherheitspolitisch als auch innenpolitisch.

13. *„Der Aufbau von Kooperation zwischen EU und Eurasischer Wirtschaftsunion wäre ein erster Schritt."*
Das Positionspapier verkennt, dass die Eurasische Wirtschaftsunion bisher de facto nur auf dem Papier und in Ankündigungen besteht und diese lediglich darauf ausgerichtet ist, den aus autokratischen Regimen bestehenden postsowjetischen Raum in eine russische Wirtschaftskolonie zu verwandeln. Kasachstan beispielsweise wehrt sich vehement gegen eine Hegemonialisierung seiner Energiewirtschaft durch Russland. Auch die sogenannte Zollunion besteht bislang nur auf dem Papier.

14. *„Entscheidend für eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur der Zukunft ist und bleibt die Beendigung des offenen Konfliktes in der Ukraine zwischen Russland und dem Westen."*
Dieser Satz suggeriert, der Überfall Russlands auf die Ukraine und die Annexion der Krim und der Ostukraine seinen ein Konflikt zwischen Russland und dem Westen. Diese Sichtweise folgt aus der russozentrierten Ostpolitik der SPD, die immer noch nicht zur Kenntnis genommen hat, dass hier der souveräne Staat Ukraine in einer verdeckten Operation militärisch angegriffen und Teile des ukrainischen Staatsgebietes besetzt wurden. Darüber hinaus werden die Annexion Teile Moldawiens und Georgiens verschwiegen.

15. *„Deshalb sind alle Beteiligten aufgerufen, intensiv an einer erfolgreichen Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk zu arbeiten, den Waffenstillstand vollständig einzuhalten und eine friedliche Lösung auszuarbeiten und zu festigen."*
Wie soll das geschehen? Minsk II ist in der jetzigen Form nicht umsetzbar, einen Waffenstillstand hat es nie gegeben und an einer friedlichen Lösung hat ein Land, das jeden Tag den Waffenstillstand durch Beschuss der ukrainischen Armee von besetztem Territorium aus verletzt, auch nicht gelegen. Das Positionspapier ersetzt hier erneut die Realität durch Wunschdenken.

16. „Die nachhaltige Sicherheit für Europa gibt es nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland." Dieser Satz ist perspektivisch zutreffend, aber die Rückkehr Europas zur Sicherheitsarchitektur von 1999/2000 ist nicht mehr möglich. Gegenwärtig haben wir kollektive Sicherheit für Europa ohne Russland und wir können auch nicht ausschließen, dass es auch eine Sicherheit gegen Russland ist. Russland hat Fakten geschaffen, ebenso wie die postsowjetischen und mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich unter den Schutzschirm der NATO flüchten oder flüchten wollen, da sie weitere militärische Aggressionen Russlands befürchten. Darüber hinaus sehen sich alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Europa als Ganzes der Bedrohung durch die Gerassimov-Doktrin der *„hybriden Kriegsführung"* ausgesetzt, gepaart mit der Doktrin, wonach Russland sich verpflichtet sieht, alle Auslandsrussen ebenfalls zu *„schützen"*, selbst wenn diese sich gar nicht von Moskau beschützen lassen wollen.

Es muss Aufgabe einer europäisch koordinierten Außen- und Sicherheitspolitik sein, unter Sicherstellung einer glaubwürdigen Abschreckung einerseits und Nutzung vorhandener Gesprächsformate andererseits die eklatanten Völkerrechtsverletzungen Russlands zu beenden. Darüber hinaus müssen die von der hybriden Kriegsführung der Moskaus betroffenen Staaten einer Destabilisierung und Infiltration ihrer Länder durch die Förderung rechts- und linkspopulistischer Parteien, durch Spionage und Cyberattacken auf allen zivilen und militärischen Ebenen entschlossen entgegentreten.
Die SPD muss ihre russozentrierte Ostpolitik hin zu einer ganzheitlichen Konzeption gegenüber allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, einschließlich Russlands, weiterentwickeln. Besonderes Augenmerk ist hier auf die Ukraine und Georgien zu richten, die beide künftig NATO-Mitglieder sein wollen. Ein deutscher-russischer außen- und sicherheitspolitischer Sonderweg dank „persönlicher" Verbundenheit einzelner SPD-Politiker mit russischen Politikern und Oligarchen erscheint angesichts der tatsächlichen russischen Agenda sowie der Einbettung Deutschlands in das nordatlantische Bündnis obsolet.

Es ist sozialdemokratische Tradition, autokratische Systeme zu kritisieren und auf der Seite der Oppositionellen und der Zivilgesellschaft zu stehen, wenn diese für eine demokratische Alternative einstehen. Wenn von *„Wandel durch Annäherung"* gesprochen wurde, war in unserer Partei immer klar, dass wirtschaftliche Verbindungen nicht wichtiger eingestuft wurden als der Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts – und das muss auch für Russland gelten.
Glaubwürdigkeit wird die SPD wiedererringen, wenn sie an der Westbindung festhält und für ein friedliches Europa einsteht. Ein Europa, dass auch jene Länder einschließt, die sich von der expansiven Außenpolitik Putins bedroht fühlen.
Realpolitik im Stile des 19. Jahrhunderts entspricht dem Denken der Kreml-Ideologen. Wir sollten ihnen auf diesem Pfad nicht folgen.

Joachim Schaller
in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Arbeitskreises Neue Ostpolitik

https://www.facebook.com/berliner.osteuropa.experten/photos/pb.138496209554739.-2207520000.1466716120./1118162794921404/?type=3&theater
http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_78187150/martin-luithle-spd-vertritt-zunehmend-nur-noch-kreml-positionen-.html

Video: Spiel im Schatten – Putins unerklärter Krieg gegen den Westen, ARD, 04.07.16 | 28:44 Min. | Verfügbar bis 04.07.2017.
http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videosextern/spiel-im-schatten-putins-unerklaerter-krieg-gegen-den-westen-102.html
„Die Reportage zeigt, mit welchen Methoden Russland versucht, Deutschland zu beeinflussen. Die Strategie reicht von gezielter Desinformation bis zu Cyberattacken und Sabotage."

http://www.n-tv.de/politik/Nato-ruestet-im-Osten-auf-article18157321.html
„Die Nato verlegt erstmals in großem Stil Truppen zur Abschreckung Russlands nach Osteuropa. Die Staats- und Regierungschefs der 28 Mitgliedsländer beschlossen die Stationierung von jeweils einem Bataillon mit etwa 1000 Soldaten in Polen, Lettland, Litauen und Estland."

http://www.welt.de/politik/ausland/article156866812/Litauen-fordert-militaerische-Fuehrungsrolle-Deutschlands.html
„Die Nato will zur Abschreckung Moskaus eine Truppenverlegung nach Osten beschließen. Hunderte deutsche Soldaten sollen nach Litauen. Die Präsidentin des Landes verlangt aber noch mehr von Deutschland."

http://www.spiegel.de/politik/ausland/litauens-praesidentin-grybauskaite-im-interview-putins-paranoia-ernst-nehmen-a-1102262.html
„Beim Nato-Gipfel gehörte Dalia Grybauskaite zu den Hardlinern. In ihrer Heimat rüstet die Präsidentin von Litauen das Militär auf. Im Gespräch erklärt sie, weshalb dort trotz Wehrpflicht niemand eingezogen werden muss."

http://europeonline-magazine.eu/litauens-praesidentin-nimmt-deutschland-vor-nato-gipfel-in-die-pflichtinterview-alexander-welscher-dpa_467631.html
„Litauen ist einer der vier direkten Nato-Nachbarn Russlands und sorgt sich angesichts des Vorgehen Moskaus im Ukraine-Konflikt um seine Sicherheit. Vom Nato-Gipfel in Warschau erwartet Staatspräsidentin Dalia Grybauskaite zur Abschreckung eine Stärkung der Ostflanke des Bündnisses. Nicht nur dabei setzt sie auf eine aktive Rolle Deutschlands, das die Führung eines Nato-Bataillons in Litauen übernehmen soll. Im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur fordert Grybauskaite mehr deutsches Engagement für die Sicherheit Europas. «Dies wird in Zukunft die größte Führungsverantwortung für Deutschland sein», meint sie."

http://www.zeit.de/news/2016-07/09/deutschland-litauens-praesidentin-begruesst-nato-einsatz-unter-deutscher-fuehrung-09111405

http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/baltikum-estlands-regierungschef-fordert-nato-truppen-als-schutz-vor-russland-14253396.html
„Taavi Roivas möchte, dass Einheiten des Bündnisses ständig präsent sind. Schon bald dürfte es zumindest regelmäßige Übungen in der Region geben. […]
Die früheren Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen sehen sich durch Russlands Annexion der Krim und die Ukraine-Krise besonders bedroht."

http://mobil.derstandard.at/2000040720879/Polen-Debatte-ueber-Sowjetdenkmaeler
„Auch in der Gegenwart sorgt die Politik Moskaus, etwa im UkraineKonflikt, für Ängste in Polen. Der Beschluss zur Stationierung von vier Nato-Bataillonen in Polen und im Baltikum sei jedoch ein "Zeichen, dass die Nato ihr Engagement in Osteuropa weiterentwickelt", sagte der polnische Botschafter in Wien, Artur Lorkowski, im Vorfeld des Warschauer Gipfels zum STANDARD."

http://www.zeit.de/2016/27/osteuropa-nato-verteidigungsbuendnis
„Wenn schon ein Manöver solche Pannen aufweist, welche Blößen gibt sich das Bündnis erst im Ernstfall?
Wenn Putin in den vergangenen Tagen genau zugeschaut hat, weiß er, dass es womöglich nur eine minimale Provokation, nur einen kleinen Schubs braucht, um den Glauben der Nato an sich selbst zu zerstören."

http://www.taz.de/!5317358/
„Der Nato-Gipfel von Warschau läutet eine Zeitenwende ein. Zum ersten Mal seit dem Beitritt ihrer Länder zur Nato können Polen, Litauer, Letten und Esten das Gefühl haben, tatsächlich von der Nato verteidigt zu werden. 1939, als Hitler und Stalin Polen von Ost und West her überfielen, erklärten zwar Großbritannien und Frankreich, die damaligen Bündnispartner Polens, den Deutschen sofort den Krieg, taten dann aber erst einmal gar nichts.
Der „Verrat von Jalta" auf der Alliierten-Konferenz im Februar 1945 löste ein bis heute tief sitzendes Trauma bei allen Nationen Ost- und Mittelosteuropas aus. Stalin, der seine Kriegsbeute aus dem Hitler-Stalin-Pakt behalten und seine „Interessensphären" möglichst noch ausdehnen wollte, machte die Westalliierten zu seinen Komplizen. [...]
Der Nato-Gipfel in Warschau bricht nun mit diesem überholten Blockdenken aus dem Kalten Krieg. Es ist an der Zeit, dass auch die Nato-Russland-Akte erneut auf den Tisch kommt. Denn während Moskau die Einhaltung des Vertrages vom Westen einfordert, kümmert es sich selbst keinen Deut darum: Rund 10.000 Todesopfer kostete der Krieg Russlands gegen die Ukraine bereits.
Vielleicht gelingt es ja, im Nato-Russland-Rat Moskau davon zu überzeugen, dass das Sowjetimperium endgültig der Vergangenheit angehört und es nun darum gehen müsste, Russland zu einem wohlhabenden, liebenswerten und weltweit geschätzten Land zu machen."

http://www.huffingtonpost.de/2016/07/11/nato-deutschland-kritik_n_10925014.html
„Deutschland sieht sich selbst gern als stabilen und verlässlichen Partner - in Europa, aber auch im Rest der Welt. Doch dieses Bild bekommt Risse. Seit deutsche Politiker die Russland-Taktik der Nato immer lauter kritisierten, kommen Zweifel auf, ob sich das westliche Militärbündnis noch auf Deutschland verlassen kann."

http://www.rolandtichy.de/meinungen/krieg-und-frieden-die-neue-weltordnung-oder-ihre-gefaehrdung-durch-naivitaet/
"Ralf Thiele, saß früher im NATO Hauptquartier am berühmten roten Knopf, mit dem die Atomraketen gestartet werden konnten".
Das ist natürlich Quatsch: die NATO assignierten Nuklearwaffen konnten nur vom US Präsidenten im Rahmen eines komplexen Prozesses "gestartet" werden.

http://www.welt.de/politik/deutschland/article154582778/AfD-Rechter-Hoecke-stellt-Nato-Mitgliedschaft-infrage.html
„In der AfD wird die Grundsatzkritik am westlichen Militärbündnis immer lauter. Die Parteispitze um Frauke Petry macht das nervös. Dabei hat man auch dort Vorbehalte gegen die Nato. Der Grund: Putin."

http://www.vorwaerts.de/artikel/putin-afd-verbuendete
„Wladimir Putin träumt von der Wiederherstellung der russischen Dominanz in Europa. Deshalb kämpft er gegen die EU und gegen die Demokratie. Jetzt hat er einen neuen Verbündeten gefunden, mitten in Deutschland: die AfD."

http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/karriere-bei-den-rechtspopulisten-die-junge-afd-schielt-richtung-putin/13516760.html
„900 Mitglieder hat die Jugendorganisation der AfD „ JA" bereits. Ihr Bundesvorsitzender Markus Frohnmaier sorgt regelmäßig mit ziemlich russlandfreundlichen Äußerungen für Schlagzeilen."

Joachim Schaller, 11. Juli 2016
Nochmals vielen Dank den Kollegen
Martin Luithle, Gunter Weißgerber, Lino d'Ambiguo und Siegfried H. Seidl.